

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

SIEBTES JAHR

NOVEMBER 1956

ULRICH LOHMAR

Deutsche Gewerkschaften zwischen Ziel und Wirklichkeit

Die beiden ersten Beiträge dieses Heftes sind dem 4. ordentlichen Bundeskongreß des DGB gewidmet. Die Eindrücke vom Verlauf der Beratungen und die Konsequenzen, die sich möglicherweise aus den Hamburger Beschlüssen ergeben, werden zunächst unter sozialdemokratischen, dann unter christlich-sozialen Gesichtspunkten dargestellt. Der Sinn dieser Gegenüberstellung ist, einer freien Urteilsbildung zu dienen und ein Gespräch über die auf dem Kongreß in Erscheinung getretenen gewerkschaftspolitischen Tendenzen einzuleiten.

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß liegt schon einige Wochen hinter uns. Die Delegierten und wohl auch die meisten Beobachter sind mit dem Empfinden nach Hause gefahren, daß dort gute Arbeit geleistet wurde. Man attestierte dem DGB, er habe sich in dem liberal-sozialen Klima der großen Stadt an der Elbe maßvoll gegeben. „Manche in der Form aggressive Stellungnahme des Kongresses war mehr eine Frage des Charakters als Ausdruck einer Neigung, die Realitäten aus dem Blick zu verlieren“, so konnte, man lesen. Viel zu verändern hat der DGB demnach also nicht im Sinn; dies muß man jedenfalls meinen, wenn man den Zeitungsleuten glauben will. Das öffentliche Meinungsbild verändert sich auch kaum durch die vorsorglich lancierten Warnungen der Arbeitgeberverbände und die ideologische Modellakrobatik liberaler und „linker“ Theoretiker. Nun wissen wir seit der Ablösung der unmittelbaren Demokratie durch ihre repräsentative Form, daß es praktisch an dem neugewählten Bundesvorstand des DGB und an den seine Entscheidungen begleitenden Vorständen der Industriegewerkschaften liegen wird, was aus den Hamburger Beschlüssen werden kann. Wir möchten diese Entscheidungen des Kongresses ernst nehmen, und einige heiße Eisen müssen deshalb angepackt werden.

Das Jahr 1957 und die Wiedervereinigung

Der Hamburger Kongreß beschloß, bis zum Mai nächsten Jahres einen Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands ausarbeiten zu lassen, der die Gewerkschaftspolitik in dieser Frage auf eine feste und eigene Grundlage stellen soll. Das war eine gute Entscheidung, aber sie läßt sofort die Frage stellen, wie sich denn der DGB die Verwirklichung eines solchen Planes denkt. Es ist unwahrscheinlich, daß es vor den nächsten Bundestagswahlen zu einer wirklichen Initiative in der Richtung der Wiedervereinigung kommt, bei uns und bei den vier Großmächten. Ob es nach den Wahlen lebendiger wird, hängt

nicht zuletzt von dem Willen einer zukünftigen Bundesregierung ab, sich hier zu engagieren. Ein Wiedervereinigungsplan der Gewerkschaften steht somit in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage, ob und auf welche Weise der DGB seine Meinung und seine Möglichkeiten in die Waagschale der Wahlentscheidung des nächsten Jahres werfen will.

Man hat es den deutschen Gewerkschaften angekreidet, daß sie sich vor den Bundestagswahlen 1953 dazu bereit gefunden hatten, für einen „besseren Bundestag“ zu plädieren, obwohl man eine harmlosere Formulierung kaum finden könnte. Daß einige politische Parteien seit Jahren von den Sozialpartnern des DGB in recht großzügiger Weise finanziell über Wasser gehalten werden, übersah man dabei aus guten Gründen. Auf die Dauer aber können sich die ohnehin wenig zahlreichen deutschen Demokraten nicht erlauben, mit den besseren Argumenten hinter der politischen Macht herzudebattieren. Die Frage ist auch für den Deutschen Gewerkschaftsbund gestellt, wie er das Problem der Transformation seiner politischen Vorstellungen in den Bereich der staatlichen Willensbildung lösen will. Welche Möglichkeiten sich dazu ergeben, folgt aus der Respektierung des Parlaments als dem obersten beschlußfassenden Gremium unseres Staates und aus der innergewerkschaftlichen Meinungsbildung. Beide Aspekte miteinander in Einklang zu bringen, ist nötig und möglich.

Uns scheint, daß es hier einen ebenso einfachen wie bisher kaum beschrittenen Weg gibt. Die Gewerkschaften haben sich in Hamburg auf eine Reihe staatspolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Forderungen geeinigt, die zu realisieren sie für richtig halten. Was läge näher, als diese Anliegen in einem konkreten, durchdachten und übersichtlichen Schwerpunktprogramm zusammenzufassen und dieses Programm allen politischen Parteien vor den Bundestagswahlen vorzulegen? Man wird dann erfahren, welche politischen Gruppen sich in der Lage sehen, die gewerkschaftspolitischen Vorstellungen mit ihren eigenen zu synchronisieren. Ein solcher Weg würde jeden Vorwurf, der DGB verletze seine parteipolitische Neutralität, als Zweckargument kennzeichnen, denn es wäre einem Kandidaten der Deutschen Partei ebenso unbenommen wie einem Sozialdemokraten, die Ziele des DGB in seine politische Konzeption einzubauen.

Man kann natürlich sagen, daß diese Form der Einbeziehung sozialer und wirtschaftlicher Interessengruppen in die vorparlamentarische Meinungsbildung keine ideale Lösung ist, weil sie zu einer materiellen und politischen Konkurrenz um die Gunst der Parteien ausarten kann und eine einseitige Verlagerung der Gewichte zu bewirken imstande wäre. Leider gibt es aber die bessere Möglichkeit eines Staates, in dem alle Interessengruppen auf eine solche Beeinflussung der Wähler in pointierter Weise verzichten, nicht oder noch nicht. Sie zu schaffen, sollte unser aller Ziel bleiben, weil die Demokratie in hohem Grade davon abhängt, ihren Staatsbürgern eine rationale und kritische Urteilsbildung zu ermöglichen. In der Art und Weise, wie die Gewerkschaften ihre Ziele zur Diskussion stellen und durchzusetzen suchen, sollten sie diesem Erfordernis daher schon heute Rechnung tragen.

Die Achtung vor der persönlichen Leistung des gegenwärtigen Bundeskanzlers, auf die *Georg Reuter* in Hamburg mit Recht hinwies, und die Bemerkungen und Erklärungen *Konrad Adenauers* zur Rentenreform und zum sozialen Wohnungsbau werfen die Frage auf, ob die Christlich-Demokratische Union bereit ist, stärker als bisher auf die vom Deutschen Gewerkschaftsbund vertretenen Forderungen für die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentner in der Gesetzgebung einzugehen.

Der DGB-Kongreß hat fast einmütig Kontakte mit dem sog. FDGB der Ostzone abgelehnt. Aber wir müssen uns klar darüber sein, in welchem Maße der unklare Beschluß der IG Druck und Papier zur Kontaktfrage ein Ausdruck der wachsenden und berechtigten Sorge war, daß in der Frage der Wiedervereinigung nicht genug geschieht und daß wir selber Hand anlegen müssen. Je weniger die Politik einer Bundesregierung diesem Willen

Raum gibt, um so drängender werden die Stimmen werden, die sich ein Ventil suchen und dann etwa dem Kurzschluß erliegen, Gespräche mit dem FDGB könnten uns weiterbringen. Die Kluft zwischen Ziel und Wirklichkeit des gewerkschaftlichen Willens und der staatlichen Verpflichtung zu einer aktiven Wiedervereinigungspolitik zu überbrücken, ist deshalb unerläßlich.

Die Aufrüstung und der Neofaschismus

Einer Bemühung um die Klärung dessen, was mit parteipolitischer Neutralität gemeint ist, werden sich die Freunde dieses Grundsatzes auch in anderer Hinsicht nicht entziehen können. Der Hamburger Kongreß hat z. B. seiner Sorge Ausdruck gegeben, neofaschistische Gruppen könnten in der Bundesrepublik erneut zu größerem Einfluß gelangen, und in einer anderen Entschließung wandten sich die Delegierten gegen eine antidemokratische Entwicklung der neuen Bundeswehr. Zwischen beiden Fragen besteht eine immer deutlicher werdende ideologische und psychologische Beziehung, die über die Bundesrepublik hinaus Verbindungslinien sogar zur sogenannten „Nationalen Volksarmee“ der Sowjetzone erkennen läßt.

Auch die Befürworter einer Aufrüstung der Bundesrepublik können sachlich nur eine Streitmacht zur Diskussion stellen, deren Stärke ausreicht, den möglichen Willen zu einer innerdeutschen militärischen Auseinandersetzung auf selten der Sowjetzoneregierung zu neutralisieren und schlimmstenfalls damit fertig zu werden. Dazu reichen 250 000 Soldaten gut und gern aus. Jede darüber hinausgehende Planung läßt den militärischen Wert in den Hintergrund treten, und je geringer die militärische Sinnfälligkeit einer Armee und ihre Bindung an militärische Aufgaben sind, um so eher kommt diese Armee in die Gefahr, sich in innerpolitische Angelegenheiten einzumischen. Das ist möglicherweise gar kein Ausdruck des antidemokratischen Wollens oder einer militaristischen Gesinnung, sondern das ergibt sich einfach aus dem vitalen Bedürfnis, nicht nutzlos und ohne sichtbare Wirkung auf dieser schönen Welt umherzumarschieren.

Genau hier kann der Schnittpunkt zwischen militärischen, nationalbolschewistischen und neofaschistischen Neigungen liegen. Man lese einmal die letzten Jahrgänge der „Deutschen Soldatenzeitung“, oder ähnliche Publikationen. Dort schreiben brave Bundeswehrleute, und eine Seite weiter findet man dann Anzeigen des Plesse-Verlages, in denen dieses Unternehmen seine Naziliteratur anzeigt. Eine schon körperlich unerträgliche Sprache wird in diesen Blättern gepflegt, und viele offizielle Veröffentlichungen des Verteidigungsministeriums können leider von diesem Urteil nicht ausgenommen werden. Ein Blick in die entsprechenden, die militärische Erziehung betreibenden Publikationen der Sowjetzone verrät eine beängstigende geistige Verwandtschaft mancher dieser Traktätchen und Zeitungen. Es sind lediglich die ideologischen Vorzeichen, die hier und da ausgewechselt wurden, aber das Bild des biederen, opferbereiten, an Familie und Heimat denkenden und den Sinn seines Schicksals freudig bejahenden Landsers wird hüben und drüben wieder gezeichnet.

Die Auffassung, diese Bemerkungen lenkten von den gewerkschaftlichen Aufgaben ab, enthält einen gefährlichen Irrtum. Hier geht es um die Entwicklung der jungen deutschen Demokratie, um die Chance, diese Demokratie zu einem glaubwürdigen Modell für ein wiedervereinigtes Deutschland auszugestalten. Dieses Deutschland braucht eine lange Zeit innenpolitischer Ruhe, um die nachwachsenden Generationen daran zu gewöhnen, daß wir in einer Demokratie leben und daß eine freie Form des Zusammenlebens selbstverständlich ist und außer Diskussion steht. Die Stabilität der demokratischen Entwicklung zu garantieren, ist eine der wesentlichen Aufgaben des DGB. Wenn er seine Aufmerksamkeit auf mögliche Strömungen richtet, dann sollte das mit einem Sinn für tiefer liegende Zusammenhänge geschehen und fundiert sein durch

eine ständige und genaue Beobachtung dessen, was vorgeht. Viele Unternehmer beginnen erneut, sich diesen Entwicklungen gegenüber entsprechend dem abgewandelten Wort zu verhalten, der Kavalier habe zu schweigen und zu verdienen, wenngleich bei manchen unter ihnen das Unbehagen groß ist und durch ein Interesse am Osthandel wachgehalten wird.

Fast allein die Gewerkschaften haben die Möglichkeit, die an einer demokratischen Entwicklung Deutschlands interessierten politischen Gruppen zusammenzuführen und mitzuhelfen, ihnen eine gemeinsame Stoßrichtung und größere Kraft zu verleihen. Das zu tun, setzt eine weitgespannte gewerkschaftspolitische Betrachtungsweise voraus, die ihrerseits gegründet sein muß in einem differenzierten gewerkschaftlichen Bildungswesen und in einem intensiven Studium aller gesellschaftlichen Bereiche und Faktoren. So könnte es gelingen, den Grundsatz der parteipolitischen Neutralität des DGB nicht nur negativ zu bestimmen, sondern ihm einen positiven Inhalt und eine bewegende Kraft zu geben.

Wege und Irrwege in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Otto Brenner hat in Hamburg keinen Zweifel daran gelassen, daß es den Gewerkschaften bei lohnpolitischen und sozialpolitischen Einzelmaßnahmen letzten Endes auch um einen Umbau unserer Sozialstruktur gehe. Das hat man ihm zum Vorwurf gemacht, denn, so hörten wir, damit tasteten die Gewerkschaften die bestehende Ordnung an. Es wäre sehr zu bedauern, wenn es Leute in der Bundesrepublik gegeben haben sollte, die an dieser Absicht des DGB Zweifel gehegt haben, obwohl die Gewerkschaftspolitik in den letzten Jahren oder, besser gesagt, der Verzicht darauf zeitweise einen solchen Eindruck nahelegen konnte.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Otto Lenz veröffentlichte vor kurzem eine Analyse der Einkommensstruktur in Westdeutschland. Daraus ergibt sich, daß heute gut die Hälfte aller Haushaltungen in unserem Lande mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 400 DM netto rechnen können. Wer wollte angesichts solcher Tatbestände die Notwendigkeit einer Umschichtung der Sozialstruktur von dieser Seite her in Frage stellen? Sicher ist es richtig, daß in den letzten Jahren der Anteil der Bezieher mittlerer Einkommen gestiegen ist, aber der hier und da vorhandene Fernsehapparat in Arbeiterfamilien ist kein Argument für eine Politik der sozialen Selbstzufriedenheit.

Eine andere Frage ist es, wie die Gewerkschaften die Effektivität einer in die von Otto Brenner gewiesene Richtung gehenden Politik erhöhen können. In Hamburg war viel die Rede von der Solidarität aller gewerkschaftlichen Unternehmen. Die verschiedenen Säulen der Arbeiterbewegung standen nebeneinander, und man beglückwünschte sich gegenseitig zu der gedeihlichen Entwicklung. Uns scheint jedoch, daß die Idee dieser Solidarität in Gefahr ist, zu einer Ideologie zu werden, die sich mit einer gemeinsam konzipierten und vertretenen Politik nur noch teilweise deckt. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir daran erinnern, daß die finanziellen Möglichkeiten der Banken für Gemeinwirtschaft mit den Zielen der Gewerkschaftspolitik nicht genügend abgestimmt sind oder daß die gewerkschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften durch die bestehenden Bestimmungen häufig daran gehindert sind, eine Wohnungspolitik zugunsten der wirklich finanzschwachen Gruppen der Bevölkerung zu betreiben. Die Beispiele ließen sich um einige vermehren, und wir nennen sie ohne Vorwurf, denn uns liegt lediglich an dem Hinweis, welche ungeheuren und bisher ungenutzten Reserven für eine Aktivierung der gewerkschaftlichen Politik hier liegen. Sie auszuschöpfen, sollten die Gewerkschaften und ihre Freunde nicht länger zögern.

Unklar scheint uns auch die Position des DGB in der Frage der Mitbestimmung zu sein. Brenner wandte sich energisch gegen den Bundeswirtschaftsrat, sofern er als eine

Institution zur Beschwichtigung gewerkschaftlicher Wünsche gedacht sei. Wir hörten in Hamburg das Wort von der Klimaanlage Mitbestimmung, die nur den Unternehmern zustatten gekommen sei. Die Fortführung der Mitbestimmungspolitik bedarf also einer schnellen und gründlichen Klärung, nicht nur aus dem Grunde, weil die Gewerkschaften ja schließlich in der kohle- und eisenschaffenden Industrie wichtige Positionen besetzt haben und wissen müssen, was denn daraus nun gemacht werden soll. Es geht vielmehr darum, Klarheit darüber zu gewinnen, ob das Konzept der Mitbestimmung als solches weiter für richtig gehalten wird oder durch eine andere Vorstellung von einer demokratischen Wirtschaftsordnung ersetzt werden könnte.

Zweifellos haben viele Unternehmer die machtpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre dazu benutzt, die Ausdehnung der Mitbestimmung zu verhindern oder, wo sie bestand, zu einer mehr oder weniger formalen Angelegenheit werden zu lassen. Das ist schlimm, denn in dieser Haltung kommt ihr Unverständnis gegenüber den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung in allen Bereichen der Gesellschaft zum Ausdruck. Die Gewerkschaften aber sollten sich nicht dazu verleiten lassen, nun ihrerseits der Mitbestimmung den Rücken zu kehren oder sie mit geringerer Intensität zu verfolgen. Sie könnten allerdings für die Heranbildung fähiger Mitglieder zur Übernahme verantwortlicher Aufgaben im Rahmen der Mitbestimmung noch sehr viel mehr tun als heute, und es wäre kein Schaden, wenn etwa die Tätigkeit der Arbeitsdirektoren sichtbarer auf einheitlichen Vorstellungen beruhte. Dies aber sind Fragen der Methode, nicht der Zielsetzung.

Den Unterschied zwischen Ziel und Weg zu beachten, empfiehlt sich auch in der Frage der Eigentumspolitik bei den Produktionsmitteln. Mit Recht haben sich die Gewerkschaften immer wieder gegen die Experimente der Gewinnbeteiligung und des Miteigentums gewandt. Anders aber stünde es mit einem Versuch, die Eigentumsbildung an Produktionsmitteln breiter zu streuen und eine solche Politik durch die Gewerkschaften zu koordinieren. Der Arbeitnehmer wird sich für die Wirtschaft konkreter und persönlicher verantwortlich fühlen, wenn er ein Stück Eigentum an ihr besitzt. Auf lange Sicht wäre so eine Neuverteilung des gesellschaftlichen Eigentums möglich, die ergänzt werden müßte durch eine ausgebaute Mitbestimmung auf allen Ebenen. Eigentumspolitik und Mitbestimmung zusammen sind vielleicht zwei Stichworte, die der Gewerkschaftspolitik in der Richtung einer Neuordnung der Wirtschaft als Anregung dienen können. Über praktikable Formen wird man diskutieren müssen, und Experimente werden dabei unvermeidlich sein und sollten unvereinigenommen durchgeführt werden. Die lohn- und sozialpolitischen Maßnahmen, die Arbeitszeitverkürzung oder andere Einzelaktionen zu einem in sich schlüssigen Konzept zusammenzufügen, bleibt für die Gewerkschaften notwendig.

Welches sind die Endziele der Gewerkschaftspolitik?

Ein Mann wie *Viktor Agartz* vermochte die undifferenzierte These zu vertreten, und er tat dies noch auf dem Frankfurter Kongreß des DGB, das Ziel der Gewerkschaftspolitik sei letzten Endes eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, also die klassenlose Gesellschaft. Wenn ihm politische Freunde und Gegner in dieser Bemerkung zunächst folgen konnten, dann deshalb, weil eine solche Formulierung alles und nichts besagt. Sie besagt alles, wenn man von der logisch und erfahrungsmäßig nicht ausreichenden Überlegung ausgeht, die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln bringe automatisch eine freie, klassenlose Gesellschaft zustande. Demnach müßte man die UdSSR als eine freie Gesellschaft bezeichnen und könnte ihre totalitären Strukturmerkmale als Übergangsschwierigkeiten abtun, was denn manche Logiker auch für richtig halten. Uns interessiert jedoch die konkrete Freiheit des einzelnen Menschen, und wenn wir mit dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft etwas anfangen wollen, dann können wir

nur von dieser konkreten Freiheit ausgehen und danach fragen, wie denn eine Gesellschaft beschaffen sein soll, in der sie gewährleistet bleibt oder ist. Die Formel „klassenlose Gesellschaft“ als solche führt uns hier ebensowenig weiter wie der schillernde Begriff „christliche Gesellschaftsordnung“ oder die Verlegenheitsbezeichnungen „Abendland“, „menschliche Mitte“ und dergleichen. Von der politischen Erfahrung her wird man die These aufstellen dürfen, daß eine freie Gesellschaft nur dann und solange gewährleistet ist, wie es einen Ausgleich, eine Balance unter den verschiedenen sie tragenden Gruppen gibt. Die technische und industrielle Struktur unserer Gesellschaft bedingt weiterhin eine sinnentsprechende Gliederung. Es handelt sich nicht um eine Aufhebung jeder Differenzierung, sondern um eine Änderung der Merkmale, an denen sie orientiert ist.

Den Gewerkschaften sollte es um eine Gliederung nach Leistung und Aufgaben gehen. Damit hätten sie einen praktischen Zugang zu der Möglichkeit gefunden, ihr eigentliches Ziel in einem wesentlichen Bereich zu verdeutlichen. Sie müssen eine Politik betreiben, die jedem Menschen die gleichen Entwicklungschancen bietet, und das zieht sehr viel weitergehende Folgerungen nach sich, als viele der praktischen Forderungen des Aktionsprogramms heute vermuten lassen. Die klassenlose, freie Gesellschaft wird mobil sein müssen. Sie kann durch einen formalen Akt nicht geschaffen und gesichert werden, sondern sie wird das Ergebnis einer Summe von Sachlösungen sein, über deren Richtigkeit, Vereinbarkeit und Durchsetzbarkeit sich zu verständigen die Aufgabe ist, die gegenwärtig in einer weiterführenden gewerkschaftlichen Diskussion ansteht. Es sind beispielsweise durchaus Lösungen denkbar, um hier das Gebiet der Sozialpolitik zu erwähnen, die die Prinzipien der Subsicharität und der Solidarität miteinander verbinden. Wahrscheinlich fallen bei richtiger Überlegung beide Prinzipien weitgehend zusammen.

Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang auch das Problem, wie die Meinungsbildung innerhalb des DGB auf eine breitere Grundlage gestellt werden kann, wie es möglich zu machen ist, einen Ausgleich unter den Trägern von Meinungsbildung und Macht zu schaffen. Es geht um die Chance, mehr Menschen in der Gewerkschaftsbewegung den Zugang zu konkreter Mitarbeit und Entscheidung zu geben. Sachverstand und organisationspolitischen Einfluß miteinander zu verbinden, ist notwendig, und das ist nicht zuletzt über die Bildungsarbeit der Gewerkschaften möglich. Sie bedarf, soweit wir sehen, einer Intensivierung und Koordination, einer Ausweitung auch in den gewerkschaftspolitischen Problembereich. Die entsprechenden Berichte auf dem Hamburger Kongreß haben uns in dieser Meinung nur bestärkt, denn sie gingen mehr von den richtig formulierten Zielen aus als von den gegebenen Tatbeständen.

Nimmt man alles in allem, dann handelt es sich bei den skizzierten Aufgaben keineswegs um umstürzende Forderungen an die Politik des Deutschen Gewerkschaftsbundes. *Alfred Weber* bezeichnete die gewerkschaftliche Aufgabe einmal als den Versuch, die individuellen und sozialen Grundrechte immer realer zu gestalten. Das ist nichts anderes, als in den normativen Aussagen des Grundgesetzes festgelegt wurde. An dieser Frage entscheidet es sich, ob und inwieweit sich die Gewerkschaften theoretisch und praktisch abheben von den bloßen Interessengruppen in unserer Gesellschaft. Sie werden das um so sichtbarer tun können, je konkreter das von ihnen entworfene und vertretene Bild einer freien Gesellschaft ist. Hamburg hat in dieser Richtung stabilere und bessere Voraussetzungen geschaffen, und die Gewerkschaften sollten bald damit beginnen, diese ihre Aufgabe mit neuem Elan anzupacken.

HANS BÖCKLER

Die Gewerkschaften genießen das Vertrauen vieler Millionen Menschen im Lande. Sie sind ihre Hoffnung und sind ihre Zuversicht. Wir wollen dies Vertrauen rechtfertigen durch unermüdlige Hingabe an das Werk der Befreiung der Arbeitenden und der sozial schlecht gestellten Menschen von Unfreiheit, Not und Elend.